



-Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

Erste Regierungserklärung der Bundeskanzlerin

Angesichts der Herausforderungen von Globalisierung und Digitalisierung will Bundeskanzlerin Angela Merkel Deutschland fit für die Zukunft machen. In ihrer ersten Regierungserklärung nach ihrer Wiederwahl als Kanzlerin sagte Merkel am Mittwoch vor dem Bundestag, ein „Weiter so“ könne es allein deshalb nicht geben, weil sich die Welt eklatant verändere.

Als Ziele der großen Koalition nannte sie unter anderem die Schaffung guter Rahmenbedingungen für Wirtschaft, Wohlstand und Beschäftigung. Großen Wert legte sie auch auf den sozialen Zusammenhalt. Dass der Prozess der Regierungsbildung fast ein halbes Jahr gedauert hat – so lange wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik –, zeigt nach den Worten von Merkel auch, „dass sich in unserem Land offenkundig etwas verändert hat“. Der Ton der Auseinandersetzung sei rauer geworden, die Angst vor sozialer Spaltung größer.

Sozialen Zusammenhalt stärken

Die Bundesregierung habe daher die „übergeordnete Aufgabe, alle Diskussionen so zu führen, dass am Ende durch konkrete Entscheidungen der Zusammenhalt in unserem Land größer und nicht kleiner wird“, betonte die Kanzlerin. Als Aufgaben nannte sie in diesem Zusammenhang die Bekämpfung von Kinder- und Altersarmut, die Stärkung von Familien, die steuerliche Entlastung von Arbeitnehmern, Investitionen in die Pflege und die Bildung, die Sicherung der Renten und die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im ganzen Land. Voraussetzung dafür, dass die Bundesregierung ihre sozialen Aufgaben bewältigen könne, sei eine prosperierende Wirtschaft. Nur so lasse sich Vollbeschäftigung bis 2025 erreichen. „Es ist nicht garantiert, dass wir in fünf oder zehn Jahren wirtschaftlich so gut dastehen wie heute“, sagte sie.

Mehr Personal für Polizei und Justiz

Im Mittelpunkt der Debatte stand auch der „Pakt für den Rechtsstaat“, die Einstellung von mehr Personal bei Polizei und Justiz. Das Recht müsse überall durchgesetzt werden können, betonte Merkel.

Europa muss seine Außengrenzen schützen

In ihrer Regierungserklärung ließ die Kanzlerin die Errungenschaften und Erfolge, aber auch die Schwachstellen und Versäumnisse der Vergangenheit Revue passieren. Die Aufnahme von Flüchtlingen aus den Kriegs- und Krisengebieten des Nahen Ostens, vor allem Syriens, ist laut Merkel eine „un glaubliche Bewährungsprobe für unser Land“ gewesen, die man trotz unzureichender Vorbereitung bewältigt habe. Diese „humanitäre Ausnahmesituation“ dürfe sich aber nicht wiederholen. Zwar werde man Menschen in Not auch künftig Schutz gewähren. Doch diejenigen, die darauf keinen Anspruch hätten, müssten das Land wieder verlassen. Wer einen Aufenthaltsstatus bekommen habe, müsse sich schnellstmöglich integrieren. Damit sich die Notlage von 2015 nicht wiederholt, ist auch die Europäische Union gefragt. „Europa kann seinen Raum der Freizügigkeit nur erhalten, wenn es in der Lage ist, seine Außengrenzen zu schützen und zu sichern“, sagte die Kanzlerin.

Die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin bezog sich nicht nur auf die Vorhaben der Regierung für die nächsten vier Jahre, sondern auch auf den Europäischen Rat, der in dieser Woche in Brüssel stattfand. Seine Themen waren u.a. der Brexit, das Vorgehen der Türkei in Nordsyrien und der Giftgasanschlag auf einen ehemaligen russischen Agenten.

Hierzu sprach auch Gunther Krichbaum in der anschließenden Debatte. Seine Rede können Sie unter <https://tinyurl.com/Krichbaum-21-3-18> nachsehen und nachhören.

Union will Schlachttiertransporte in Nicht-EU-Länder beenden

Der Agrarausschuss des Deutschen Bundestages hat am Mittwoch über Tiertransporte in Drittländer beraten. Die Unionsfraktion lehnt Exporte von Tieren zur Schlachtung in Nicht-EU-Länder ab. Solange die Einhaltung von Tierschutzstandards nicht gewährleistet werden kann, sind solche Transporte nicht zu verantworten. Immer wieder sind im Fernsehen furchtbare Bilder von diesen Transporten zu sehen, die häufig in die Länder des Nahen Ostens gehen. Gemeinsam mit der Bundesregierung setzt sich die Unionsfraktion daher auf europäischer Ebene für ein Ende von Schlachttiertransporten in Drittländer ein. Nationale Verbote sind dagegen europarechtlich nicht möglich und zudem wirkungslos, da sie über Exporte aus anderen Mitgliedstaaten leicht umgangen werden können.

Kampf gegen Einbruchskriminalität muss Teil des 100-Tages-Programms sein

In dieser Woche wurden Daten des privaten Sicherheitsunternehmens Securitas veröffentlicht, nach denen die Einbruchszahlen unter den Kunden des Unternehmens um mehr als 15 Prozent zurückgegangen sind. Auch erste Berichte aus den Ländern deuten für das vergangene Jahr erneut auf einen deutlichen Rückgang der Einbruchskriminalität hin. Wir werden auch in dieser Wahlperiode jede Anstrengung unternehmen, um den Einbruchsdiebstahl zu bekämpfen. So konnten wir eine Aufstockung des erfolgreichen KfW-Programms „Kriminalprävention durch Einbruchsicherung“ im Koalitionsvertrag durchsetzen.

Wohnungseinbrüche traumatisieren viele Opfer für Jahre. CDU und CSU haben deshalb bereits in der vergangenen Wahlperiode einen umfangreichen Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität ins Werk gesetzt. Dazu gehören neben dem KfW-Programm auch eine härtere Bestrafung des Einbruchsdiebstahls.

Verlängerung von fünf Bundeswehrmandaten

Der Bundestag hat gestern Abend mehrere Bundeswehrmandate verlängert. Neben der Mission zur Stabilisierung des Mali sind dies der Kampf gegen den IS-Terror im Irak, der NATO-geführte Resolute-Support-Einsatz in Afghanistan, die hybride Mission

in Darfur, die Beteiligung deutscher Streitkräfte an der UNMISS-Mission im Südsudan sowie die Beteiligung der deutschen Marine am Anti-Terror-Einsatz der Nato im Mittelmeer. Die aktuellen Mandate laufen Ende März aus. Sie waren im Dezember 2017 nur kurzzeitig verlängert worden, um eine Regierungsbildung abzuwarten.

Facebook soll dem Bundestag Rede und Antwort stehen

In der Debatte um aktuellen Datenmissbrauch bei Facebook wird sich der Bundestagsausschuss für Recht und Verbraucherschutz mit dem Thema befassen. Die Meldungen über den unerlaubten Zugriff auf Daten von 50 Millionen Facebook-Nutzern sind erschreckend. Wir wollen uns mit diesem Thema im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages befassen. Es muss offengelegt werden, ob auch deutsche Nutzer betroffen sind. Falls ja: Wie geht Facebook damit um? Werden Betroffene benachrichtigt? Welche Maßnahmen ergreift Facebook, um solchen Datenmissbrauch künftig zu verhindern? Alle diese Fragen müssen auf den Tisch und beantwortet werden. Es zeigt sich auch nach diesem Skandal, dass es unbestreitbar notwendig war und weiterhin ist, soziale Netzwerke stärker in die Pflicht zu nehmen. Ob es weiteren gesetzlichen Änderungsbedarf gibt, werden wir prüfen.

Koalitionsvertrag erhöht Wirtschaftswachstum

Die neueste Prognose des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) geht davon aus, dass die deutsche Wirtschaft 2018 um 2,4 %, im kommenden Jahr dann um 1,9 % wachsen wird. Die Berechnungen der Konjunkturforscher fallen damit um 0,2 beziehungsweise 0,3 Prozentpunkte höher aus als noch im Dezember 2017. Grund dafür sind die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen, die signifikante Entlastungen der privaten Haushalte erwarten lassen. So stelle die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung eine Entlastung der Arbeitnehmer in Höhe von mehreren Milliarden Euro in Aussicht. Ferner stiegen die verfügbaren Einkommen durch die Erhöhung des Kindergeldes. Für die Arbeitslosigkeit prognostiziert das DIW für 2018 einen Rückgang auf 5,2 % und für 2019 auf 4,8%.